

Prüfungsarbeit Ausbildungsbetrieb, Arbeitsorganisation und bürowirtschaftliche Abläufe 2

Zeit: 60 Minuten

Hilfsmittel: Bundes- und landesrechtliche Vorschriftensammlung

Kategorie: Verwaltungseinführungslehrgang

Sachverhalt 1:

Klaus Lehmann, geb. am 1. März 1999, wird seit dem 1. August 2015 bei der Gemeinde Raisdorf als Auszubildender für den Beruf eines Verwaltungsfachangestellten in der Kommunalverwaltung ausgebildet. Doch irgendwie hatte sich Klaus Lehmann die Ausbildung zum Verwaltungsfachangestellten anders vorgestellt, weswegen er nach reiflicher Überlegung am 1. Dezember 2015, den Entschluss fasst, sein Ausbildungsverhältnis mit der Gemeinde Raisdorf zu beenden. Diese Entscheidung teilt er am gleichen Tag Ihnen als Sachbearbeiterin bzw. Sachbearbeiter im Personalamt in einem persönlichen Gespräch mit.

Aufgabe 1:

Bitte informieren Sie hierüber in einem Vermerk - in Form einer Büroverfügung - den Personalamtsleiter Herrn Meier und den Bürgermeister Herrn Schulze. In diesem Vermerk führen Sie bitte **unter Angabe der jeweiligen Rechtsgrundlage** aus, ob Klaus Lehmann überhaupt sein Berufsausbildungsverhältnis beenden kann bzw. ggf. warum nicht,

- zu welchem frühestmöglichen Zeitpunkt eine Beendigung ggf. möglich wäre,
- ob es zur Beendigung einer bestimmten Form bedarf bzw. warum nicht und
- ob die Gemeinde Raisdorf Klaus Lehmann wegen der vorzeitigen Beendigung seiner Berufsausbildung schadensersatzpflichtig machen kann bzw. warum nicht.

Sachverhalt 2:

Ein Auszubildender im Beruf des Verwaltungsfachangestellten ist zur Zwischenprüfung eingeladen worden. Zur Vorbereitung auf diese Prüfung beantragt er bei Ihnen als zuständige/n Ausbilder/Ausbilderin die notwendigen Ausbildungsmittel (Vorschriften sowie einen Kommentar zum BGB).

Aufgabe 2:

Nennen Sie die Rechtsgrundlagen für die Zwischenprüfung und erläutern Sie die Bedeutung dieser Prüfung.

Nehmen Sie zu der Forderung des Auszubildenden Stellung